vo. Jahrgang. № 592. Sonnabend, 17. Dezember 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 1,00 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lehmann & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Schokolade Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Praktische Weihnachtsgeschenke

Das Echo auf die deutsche Note.

Noch kein endgültiger Plan Englands.

London, 16. Dez. Reuter erfährt von amtlicher britischer Seite, daß die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission, worin sie erklärt habe, daß sie nicht in der Lage sei, die Januar- und Februarzahlungen voll zu leisten, nicht überraschend komme. Es bestehe jedoch die Ansicht, daß es gut sei, das Schlimmste zu wissen, und von diesem Standpunkt gesehen, werde die Mitteilung der deutschen Regierung dazu dienen, die Luft zu reinigen und die gesamte Frage zu einer Entscheidung zu bringen. Im Augenblick bestehe keinerlei Neigung, den britischen Standpunkt darzulegen. Es werde erklärt, daß man sich, obwohl zahlreiche Vorschläge vorhanden seien, noch für keinen endgültigen Plan entschieden habe. Man erkenne immer mehr, daß diese Frage mit der allgemeinen Frage der Schwierigkeiten in Europa verknüpft sei. Angesichts dieser Tatsache sei es unmöglich, irgendeine Erklärung über die Politik hinsichtlich dieser besonderen Seite der europäischen Lage abzugeben. Es könne jedenfalls als sicher gelten, daß Großbritannien keinerlei Ansuchen seitens Deutschlands zustimmen würde, außer unter bestimmt gefaßten Bedingungen. (W. T. B.)

Anfragen im englischen Unterhaus.

London, 16. Dez. Im Unterhause erklärte heute Hilton Young auf eine Anfrage Kennworthys, die durch die deutsche Note geschaffene Lage werde von den Alliierten erörtert werden. In Anbetracht der Dringlichkeit dieser Frage könne die Regierung jedoch nicht versprechen, ihre Entscheidung aufzuschieben, bis das Haus wieder zusammengetreten sei. Kennworthy fragte weiter, ob irgendwelche Sanktionen, wie die Besetzung des Ruhrgebiets, nicht auf eine neue Kriegserklärung hinauslaufen würden, und ob das Parlament sie nicht erörtern solle, bevor sie beschlossen würde. Das Parlamentsmitglied Benn rief dazwischen: Soll das heißen, daß die Regierung neue militärische Sanktionen zustimmen werde, ohne das Parlament zu befragen? Young erwiderte, ich kann dem, was ich gesagt habe, nichts hinzufügen.

In Erwiderung auf eine weitere Anfrage erklärte Young unter ironischen Zurufen der Arbeitervertreter, der bisher von Deutschland auf Grund der Reparation und finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages erhaltene Betrag genüge nicht, um die Kosten des Besatzungsheeres zu decken. Ein Mitglied des Hauses fragte, ob für den Fall, daß England zustimme, die Kriegsschulden Frankreichs an Großbritannien zu streichen, eine Bedingung dafür die Räumung des besetzten Rheingebietes durch die französischen Truppen sein werde. Chamberlain erwiderte, er könne nichts sagen, was die Bedingung dieser Vereinbarung sein werde, die bisher noch nicht den Gegenstand einer Erörterung gebildet habe. (W. T. B.)

Lordkanzler Birkenhead gegen die unsinnigen Forderungen an Deutschland.

London, 16. Dez. Der Lordkanzler Birkenhead erklärte gestern abend in einer Rede über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas, **die Bezahlung von Reparationen von den früheren Feinden in einem solchen Maße, wie es geplant war, und wie es von hohen Finanzautoritäten empfohlen wurde, sei unmöglich.** Die Lage sei einfach die, daß die gesamte Welt allmählich zu der Einsicht gekommen sei, daß diese ungeheuerlichen Summen tatsächlich nicht eingetrieben werden können. Birkenhead führte weiter aus: Wenn die Regelung der Geldfragen in seinen Händen läge, so würde er Deutschland erklären: Ihr müßt alle Verwüstungen Frankreichs und Belgiens wieder gut machen durch Arbeit und Materiallieferungen. Das würde mehr wert sein, als die Verurteilung aller deutschen Kriegsverbrecher. Wir müssen, sagte Birkenhead weiter in Europa Vergungsarbeit verrichten. Um das zu tun, müssen wir zu einer Vereinbarung mit Frankreich und Deutschland kommen. Birkenhead sagte unter Beifall mit Nachdruck, die Zeit für eine solche Vereinbarung sei gekommen. Unsere nächste Aufgabe muß daher sein, uns an die Wiederherstellung des europäischen Schadens und der europäischen Industrie zu machen. (W. T. B.)

Lloyd George an die englischen Arbeiter.

Das Beispiel des deutschen Zusammenbruchs.

London, 16. Dez. Das Problem der Erwerbslosigkeit und seine Beziehungen zur internationalen Lage wurden gestern zwischen Lloyd George und einer Abordnung des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei, des Generalrats des Gewerkschaftskongresses und der parlamentarischen Arbeiterpartei erörtert, die ihm eine Entschließung der letzten Arbeiterkonferenz unterbreitete und befürwortete. Nach einer Ansprache von Clynes erinnerte Lloyd George zunächst daran, daß Briand in der nächsten Woche auf seine Einladung hin nach London kommen werde, um mit ihm die wirtschaftliche Lage zu erörtern, und sagte weiter: Das deutsche Volk lebe unter der Verlängerung der ungesunden Verhältnisse des Krieges. Rathenau habe ihm in der letzten Woche erklärt, daß in Deutschland binnen sehr kurzer Zeit ein unbedingter Zusammenbruch erfolgen müsse, wenn die Dinge so weitergingen. Lloyd George forderte die Arbeitervertreter auf, bei ihren Vorschlägen zu bedenken, ob nicht durch ihre Befolgung ähnliche Zustände in England hervorgerufen werden könnten. Er könne die Verantwortung für solche Schritte nicht übernehmen. Es sei klar, daß die Bezahlung der Reparationen Deutschland schmerzen müsse. Die Nichtbezahlung aber würde Frankreich zweifellos mehr schmerzen. Das britische Volk wolle, daß Europa sich beruhige und daß überall normale Verhältnisse bestehen. Frankreich könne aber nicht zur Ruhe kommen, wenn es Schulden mache. Um seine zerstörten Gebiete wieder herzustellen, handle es sich um die Frage, ob diejenigen, die die Schäden angerichtet hätten, sie auch bezahlen sollten, oder ob diejenigen bezahlen sollten, die nicht verantwortlich seien.

Die belgisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 16. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel erklärte Außenminister Jaspar über die Verhandlungen, die er gestern in Paris geführt hat, natürlich seien die Reparationen erörtert worden. Er habe Briand auseinandergesetzt, daß Belgien den Wunsch habe, die Entscheidung über diese Frage zu beschleunigen. Er habe auch auf die Priorität Belgiens bei den Zahlungen im Januar und Februar hingewiesen, die nicht Gegenstand des Moratoriums sein könnten. (W. T. B.)

Stimmen der Auslandspresse.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Paris, 16. Dez. Der „Temps" bespricht am Freitag in seinem Leitartikel die deutsche Note und stellt fest, daß dieselbe eine Lücke aufweist. Die deutsche Note gibt zwar die genauen Gründe an, die einen Zahlungsaufschub nötig machen, aber nicht die Zahlungsfrist. Die Reparationskommission kann keine Frist gewähren, bevor sie dem Artikel 234 des Versailler Vertrages gemäß eine Untersuchung über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands angestellt hat. Die Kommission müsse feststellen, warum Deutschland seine Zahlungen nicht leisten kann, während doch seine Industrie in vollem Gange und seine Ausfuhr bedeutend ist.

Mailand, 16. Dez. In einem Leitartikel der „Stampa" wird hervorgehoben, daß das Moratorium für Deutschland ein dringendes Gebot der Stunde sei. Es wird England nicht unmöglich sein, durch Stundung seiner Guthaben bei Frankreich und Italien zu einem Moratorium zu gelangen. Die öffentliche Meinung in Italien müsse energisch in diesem Sinne aufgerüttelt werden, damit Lloyd George und die einsichtigen Staatsmänner Europas endlich die Kriegswunden heilen könnten.

Die Neuregelung des Eisenbahnwesens.

Berlin, 16. Dez. Vom Reichsverkehrsminister werden jetzt Mitteilungen über den Entwurf eines Eisenbahngesetzes gemacht. Nach dem Entwurf soll die im Eigentum des Reiches stehende Eisenbahn unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" ein Sondervermögen des Reiches bilden, dessen Rechtsverbindlichkeiten von denen des Reiches getrennt werden sollen. Der Artikel 92 der Reichsverfassung wird dahin abgeändert werden müssen, daß die Deutsche Reichsbahn einen eigenen Haushalt und eigene Rechte erhält, die so zu gestalten sind, daß die Finanzlage der Reichsbahn jederzeit festgestellt werden kann. Die Reichsbahn wird damit ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen. Dem Reichstag ist der Reichsverkehrsminister nur verantwortlich, daß die Vorschriften der Reichsverfassung für das Eisenbahnwesen beachtet werden, sowie daß die Bahnen in einem betriebssicheren, den Verkehrsanforderungen entsprechenden Zustande sind. Im übrigen wird die Verwaltung der Reichsbahn selbständig durch den Reichsverkehrsminister geführt, jedoch unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates. In besonders dringenden Fällen ist der Reichsverkehrsminister selbständig befugt, Mehrausgaben durch Tariferhöhungen unverzüglich auszugleichen. In Erfüllung des Artikels 92 der Verfassung wird die selbständige Reichsbahn aus Rücklagen und Ueberschüssen und aus eigenen Zinsen einen Rücklagefonds von 10 Milliarden Mark bilden. Die Reichseisenbahnschuld wird von der Reichsschuld völlig getrennt verwaltet werden. Für die Rechte und Pflichten der Beamten der Reichsbahn sind die beamtenrechtlichen Vorschriften der Reichsgesetze anzuwenden.

Für Reformen in der Reichspost.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Dez. Im Postgebührenausschuß des Reichstages erklärte **Staatssekretär Tencke,** daß mit den vom Unterausschuß vorgeschlagenen Sätzen der Etat nicht balanciert werden könne. Minister **Giesberts** sagte, es fehle nicht am ernsten Willen zu Reformen, aber die Fragen des Achtstundentages und des Urlaubs könnten nicht allein für die Postverwaltung gelöst werden. Wenn 2½ Milliarden in der Vorlage gestrichen würden, sei eine unerträgliche Situation geschaffen. Die Etatmittel seien jetzt schon erschöpft. Selbst für das laufende Etatjahr würden noch Hunderte von Millionen gebraucht. Weiterhin bemerkte der Reichspostminister noch, wenn wir überzählige Angestellte entlassen wollen, macht uns das Arbeitsministerium Schwierigkeiten. Abg. **Koerner** (D.-N.): **Zur Reform werden die Verwaltungen nur gezwungen werden, wenn durch Abstriche in der Vorlage ein Druck ausgeübt wird. Mit den Sätzen der Vorlage wird die Wirtschaft erdrückt. Staatssekretär Tencke** äußert gegenüber den Forderungen einer Vermehrung der Angestellten, wenn wir 10 000 Angestellte entlassen, dann ersparen wir rund 200 Millionen, durch Abgabe von Beamten auf andere Verwaltungen vielleicht 100 Millionen. Die Fehlbeträge sind so allein nicht auszugleichen. — Zu einer Beschlußfassung kam es zunächst nicht.

Die Katastrophe der Erfüllungspolitik.

Die deutsche Regierung hat in einer aufsehenerregenden Note bei Herrn Dubois, dem Vorsitzenden der Reparationskommission in Paris, den völligen Bankrott ihrer Erfüllungspolitik angemeldet und Dr. Wirth hat im Hauptausschuß des Reichstages diese Note auf seine Weise auszulegen und zu rechtfertigen versucht, ohne allerdings den Eindruck verwischen zu können, daß seine Reparationspolitik nun tatsächlich in den letzten Zügen liegt. Zunächst die Note des Kanzlers. Zweifellos bedeutet sie einen Schritt, der ihm und seinem Kabinett blutsauer geworden ist, den sie aber längst hätten tun müssen, wenn sie aus der praktischen Entwicklung der Wiederherstellungsfrage die einzig mögliche und wahrheitsgetreue Konsequenz zu ziehen in der Lage gewesen wären. Denn nicht gleichzeitig mit dem Eingeständnis des Kabinetts Wirth hat die Erfüllungspolitik Schiffbruch erlitten, sondern schon lange vorher. Das erstemal geschah das in dem Augenblicke, als darüber Klarheit wurde, daß die zunächst beabsichtigten und als ziemlich sicher dargestellten Erfolge dieser Politik ausblieben, als Oberschlesien verloren ging und weder die wirtschaftlichen, noch die militärischen Sanktionen aufgehoben wurden. Den zweiten, noch schwereren Stoß erlitt die Wirthsche Wiederherstellungswilligkeit, als die nur mühsam zusammengeklaubte erste Goldmilliarde einen geradezu katastrophalen Einfluß auf den Stand der deutschen Mark auszuüben begann. Beide Anlässe, die der deutschen Regierung eindringlich vor Augen führen mußten, daß sie zwecklose und gänzlich unerfüllbare Bedingungen eingegangen war, vermochten den Kanzler gleichwohl nicht zu dem Bekenntnis zu bewegen, daß er mit der Uebernahme des Ultimatums und mit der Versicherung, es erfüllen zu wollen und zu können, einen schweren Irrtum begangen habe. Als ob es heute darauf ankäme, eine rasch abgewirtschaftete Ueberzeugung über die Art und Weise, in der wir unsere Gegner entschädigen können, bis aufs letzte zu verteidigen, so versuchten Dr. Wirth und seine Erfüllungspolitiker nach jenen beiden schweren Niederlagen auf allen möglichen Wegen, mit „aller Anstrengung und unter Nichtachtung der budgetären Lage" des Reiches, ihre Theorie zu verfechten und praktisch zu ermöglichen. Ein vergebliches Mühen!

Die Hoffnungen, die das Kabinett Wirth auf die Einsicht und die Wirksamkeit der Reparationskommission setzen zu können glaubte, zerschellten. Das Moratorium blieb, trotz anfänglich vielversprechender Aussichten, in weitem Felde. Die durch Verhandlungen sich verzögernde Einigung darüber im englischen Lager, das Gegenspiel in Paris kosteten Zeit, und diese Zeit, die entschluß- und erfolglos verstrich, war für das wegsuchende deutsche Erfüllungskabinett verloren. So griff es zum letzten Mittel, von dem es sich etwas versprach, zu direkten Anleiheverhandlungen mit englischen Großfinanziers und mit der englischen Regierung. Nach Stinnes, der ganz unverbindlich die Stimmung der Londoner Finanzkreise sondieren hatte dürfte, ging Rathenau nach London, der mit allen möglichen amtlichen und nichtamtlichen Stellen an der Themse in Erörterungen eintrat. Ueber den Gang dieser Erörterungen breitete man in Deutschland ein ängstliches Schweigen, selbst in dem Augenblicke noch, als nach Loucheurs Rückkehr über Amsterdam nach Paris holländische und französische Blätter ganz offen feststellten, wie gering, ja wie negativ die Erfolge des ehemaligen deutschen Wiederaufbauministers in London gewesen seien. Es war die Angst des Kabinetts Wirth, die aus dieser Verschwiegenheit sprach, zugeben zu müssen, daß auch die letzte Erfüllungsweisheit mit einem Mißerfolg geendet habe. Eine ganz kleine, nichtssagende Meldung des offiziellen Nachrichtenbureaus besagte dann, daß die Bank von England sich dem deutschen Kreditersuchen gegenüber ablehnend verhalte. Diese schmale und dürftige Aufklärung des deutschen Volkes über die Entwicklung seiner wichtigsten Lebensfrage wäre von der Reichsregierung sicher noch weiter betrieben worden, wenn nicht mit jedem Tage der drohende nächste Verfallstermin immer weiter heranrückte. Und unter dem Druck dieses Gespenstes, das seine Knochenhand wieder nach einer halben Milliarde deutschen Volksvermögens ausstreckt, hat sich die Regierung das nicht geheim zu haltende Geständnis abgepreßt, daß sie nicht weiter kann. Ganz ohne alle Einschränkung glaubte sie gleichwohl immer noch nicht, klein beigeben zu müssen. Hundertfünfzig bis zweihundert Millionen hat die Erfüllungsbereitschaft des Kanzlers der Reparationshydra noch anzubieten. Das aber ist die zunächst letzte Leistung, mit der Herr Wirth in London und Paris noch aufwarten kann. Damit haben nicht nur die, die von der Annahme des Ultimatums abrieten, einen Meinungssieg erfochten, haben nicht nur Rathenau, Wirth, Schmidt, Wissell und wie die prominenten Erfüllungstheoretiker in oder in der Nähe von Regierungsämtern alle heißen mögen, ihre schwerste Niederlage erlitten, sondern das ganze Reparationsproblem in seiner bisherigen Handhabung hat sich vollkommen und vor aller Augen totgelaufen.

Das ist die wichtigste Bedeutung der Note Wirths an Herrn Dubois. Denn aus dieser Feststellung ergibt sich unmittelbar die Frage nach dem: Was nun? Wie wird und wie muß die Wiederherstellungspolitik der Zukunft gestaltet werden? Zunächst darf man annehmen, daß sich die Repa-